

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 2 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Todesstrafe für die Fememörder.

Die Anträge der Staatsanwaltschaft im Wilms-Prozess.

Im Wilms-Prozess beantragte heute der Staatsanwalt gegen Fuhrmann, Klapproth und Umhofer die Todesstrafe wegen Mordes, gegen Oberleutnant Schulz gleichfalls die Todesstrafe wegen Anstiftung zum Morde, gegen v. Poser wegen Beihilfe drei Jahre Zuchthaus, gegen Stantien und Budjinsky Freisprechung.

Zur Begründung des Strafanschlages führte der erste Staatsanwalt Krombrecht u. a. folgendes aus:

Gegenstand dieser Hauptverhandlung war einer jener grausigen, unheimlichen Mordtaten, die in der Volksgeschichte als „Fememorde“ genannt, die seit geraumer Zeit die Öffentlichkeit erregt und in Atem gehalten haben. Es handelt sich um die beklagten

Alle widerrechtlichen Selbstjustiz gegen vermeintliche Verbreiter, wie sie bei den sogenannten Arbeitskommandos in Spandau und Küstrin nicht selten vorgekommen sind. Es konnte nicht wundernehmen, wenn die Erregung, die sich der gesamten Öffentlichkeit, der Parlamente und der Presse bemächtigt hatte, auch in der Hauptverhandlung sich widerspiegelt hat. Ablehnung des Gerichts, Rede und Gegenrede, Anträge, Mandatsniederlegung, plötzliches Auftreten neuer Zeugen, höchst merkwürdige Gedächtnis schwäche anderer Zeugen und anderes, worauf noch zurückzukommen sein wird, ist in kaleidoskopartiger Folge vor uns vorübergegangen.

Staatsanwaltschaftsrat Besser vertrat dann die Anklage gegen die des gemeinschaftlichen Mordes und der Beihilfe dazu beschuldigten Angeklagten. Er gab zunächst einen kurzen Überblick über den Sachverhalt. Die Einstellung in den Arbeitskommandos sei die gewesen, daß Verbreiter mundtot gemacht werden mußten. Das sei der eigentliche Grund gewesen, weshalb Wilms auf so schreckliche Art beseitigt worden sei. Drei Vergehen habe man ihm vorgeworfen, daß er Heeresgut gestohlen, daß er 46 M. Dienstgelder unterschlagen habe und daß er unter den Unteroffizieren in Döberitz eine Art Betriebsrat habe gründen wollen. Dieser letzte Vorwurf sei der eigentlich wichtige gewesen, denn die anderen beiden kämen kaum in Betracht als Grund für seine Ermordung. Die Hauptverhandlung hat aber nunmehr einwandfrei ergeben, daß der Mord an Wilms in der Nacht vom 18. zum 19. Juli 1923 verübt worden ist. Der Staatsanwalt schildert den Hergang des Auftrages, den Schulz erteilt hat, den Wilms einem Autotransport nach Rathenow zur Aushebung eines kommunistischen Waffenlagers zuzuteilen. Am gleichen Tage kam zunächst wieder Umhofer, dann am Nachmittag Fuhrmann und am Abend das Auto mit Klapproth, Büsching und Fahlbuch. Fahlbuch und Umhofer brachten Wilms von der Kaserne in die „Neue Welt“. Hier betranken sich die Mörder selbst, um sich Mut zu machen und machten Wilms betrunken, um ihn widerstandslos zu machen.

Dann ging es vom Tanz in den Tod.

Am anderen Morgen kam man zurück mit der Mitteilung, Wilms sei bei der Expedition mit den Kommunisten abhandelt worden. Wir wissen jetzt, daß gar keine Expedition stattgefunden hat, sondern, daß Wilms auf der Fahrt erledigt und mit Eisen beschwert in die Hölle geworfen wurde. Es wurde festgestellt, daß Fuhrmanns Welt in der Nacht unberührt geblieben war. Zwei Mörder fehlten auf der Anklagebank: Fahlbuch und Büsching. Wo sie sind, weiß man nicht. Es ist deshalb kein Wunder, daß von den Angeklagten und von den Entlastungszeugen die Hauptschuld auf Fahlbuch und Büsching geschoben wird. Das kann uns hier nicht betreffen. Für uns sind neben diesen beiden Fuhrmann, Umhofer und Klapproth ebenfalls Mörder, während v. Poser, Stantien und Budjinsky Beihilfe zum Morde begangen haben. Alle sechs bestreiten ihre Schuld. Fuhrmann hat anfangs alles bestritten, konnte diese Taktik aber im Laufe der Hauptverhandlung nicht mehr aufrecht erhalten, denn er wurde schwer belastet durch den Zeugen Sommerfeldt, der unter seinem Eid bekundet hat, Fuhrmann habe ihm die Tat eingestanden. Deshalb ergab sich für Fuhrmann die Notwendigkeit, seine Befundungen jener Zeugenangabe anzupassen. Er legte also ein Teilgeständnis ab. Der Anklagevertreter suchte dann die übrigen Angaben Fuhrmanns zu widerlegen. Fuhrmann sei durch die Angaben Sommerfeldts und der Frau v. Buch glatt überführt, ebenso durch die Befundung des Zeugen Köpke, der in diesem Punkte wohl trotz aller Einwendungen der Verteidigung glaubwürdig sei.

Der Angeklagte Umhofer gehörte nicht zu der engeren Kommission, Klapproth, Büsching und Fahlbuch, die in allen Fememordprozessen eine Rolle spielen und die teils zusammen, teils zu zweien und teils einzeln verschiedene Mordtaten begangen haben und von denen Klapproth wenigstens in einem Fall, in Landsberg, ein Geständnis abgelegt hat. Wir wissen aber aus Parallelfällen, daß zur Befestigung eines Mannes immer noch jemand hinzugezogen wurde, der nicht zum engeren Kreise gehörte. Der Staatsanwalt führt die einzelnen Belastungsmomente gegen Umhofer an und fährt fort:

Klapproth nimmt eine eigenartige Stellung unter den Angeklagten ein. Er gibt weder zu, noch bestreitet er, daß er in der „Neuen Welt“ in Rathenow war. Wenn er dagewesen sei, dann sei er total betrunken gewesen und könne sich auf nichts befinden.

Nun steht fest, daß er dort war und daß er auch gewußt hat, worum es sich handelte.

Klapproth ist ja auch wegen einer gleichen Tat, nämlich wegen des Falles Gröschke, der vier Wochen vor Wilms spielt, in Landsberg zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, wenn auch das Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Er ist im Auto mitgefahren, also Mittäter.

Die Anklage nimmt bei diesen dreien, Fuhrmann Umhofer und Klapproth, Mittäterschaft an und hält die Anklage aufrecht, denn nach der Auffassung des Reichsgerichts kommt es nicht darauf an, was die Beteiligten objektiv getan haben, sondern was sie subjektiv tun wollten und wußten. Alle, die im Auto mitgefahren sind, um Wilms zur Strecke zu bringen, haben die Tat gewollt,

sind also Mittäter. Die Frage des Vorliegens eines Befehls oder eines Notstandes sind schon im Falle Pannier eingehend geprüft worden, und zwar nicht nur vom Schwurgericht, sondern auch vom Reichsgericht. Selbst wenn man annimmt, daß die Angeklagten sich subjektiv für Soldaten hielten, was objektiv nicht der Fall war, so ist nach § 47 Abs. 2 des Militärstrafgesetzbuches, was hier vergleichsweise heranzuziehen ist, der Soldat wegen Mordes zu bestrafen, auch wenn ihm sein Vorgesetzter den Befehl, den er ausgeführt hat, gegeben hat. Die Angeklagten, die teils Offizier, teils Feldwebel gewesen sind, konnten sich niemals im Unklaren darüber sein, daß sie einen solchen Befehl nicht ausführen durften. Die Frage einer etwaigen Amnestie ist hier durch die Aussage des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß dahin geklärt, daß von einer solchen Amnestie von Straffreiheit für Mord nie die Rede war.

Darauf erhielt Oberstaatsanwalt Krombrecht das Wort. Nachdem er am Eingang seiner Rede seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben hatte, daß dieser Prozess durch sachliche Heranziehung einschlägiger Fälle auf eine breitere Grundlage gestellt worden sei, schilderte er ausführlich die Entstehung der Schwarzen Reichswehr, ihre inneren Verhältnisse und die Organisation der Feme. Schulz sei die rechte Hand Buchruckers gewesen bei der Aufstellung der Arbeitskommandos und habe eine überragende Rolle bei der Befestigung der Leute gespielt. Er habe auch über das JdB-Kommando verfügt. Im Falle Wilms habe er sich der Anstiftung zum Mord schuldig gemacht. Mit seinem Erscheinen in Küstrin fallen die Attentate auf Gröschke, Gaedike und Jahnke zusammen. Er hat Stantien beauftragt, Wilms von Döberitz nach Spandau zu bringen. Er hat den telephonischen Befehl Poser erteilt, Wilms dem nächsten Unternehmen gegen die Kommunisten zuzuteilen; er hatte laut Ausspruch Fuhrmanns zu Poser am Nordabend das Auto versprochen. Schulz bestreitet selbstverständlich, das Telefongespräch geführt zu haben; Gußnecht habe dies getan, der sich augenblicklich in Afrika befindet. Man beruft sich auch darauf, daß die in Frage kommende Fernsprechkarte nicht aufzufinden sei; das Gespräch wird eben nicht aus dem Wehrkreis III, sondern wo andersher geführt worden sein.

Gußnecht hatte überhaupt keine Veranlassung, den Befehl zu erteilen. Schulz allein konnte ihn gegeben haben. Er ist der Anstiftung zum Mord schuldig. Sollte sich aber das Gericht von seiner Schuld nicht überzeugen können, so sei das Verfahren gegen Schulz heute abzubrechen. Es würden neue Beweisanträge gestellt werden, durch die er überführt werden könnte, es würde ferner beantragt werden, dieses Strafverfahren gegen ihn mit anderen noch gegen ihn schwebenden, sie auch mit dem Landsberger Strafverfahren zu verbinden, sofern das Reichsgericht der Revision der Staatsanwaltschaft stattgeben sollte.

Der Staatsanwalt beantragt schließlich gegen den Angeklagten Fuhrmann, Umhofer, Klapproth und Schulz die Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer.

Hinsichtlich des Angeklagten v. Poser sei sein trübseliger Zustand und seine ganze Persönlichkeit zu berücksichtigen; die geringste gefehlich zulässige Strafe erscheine deshalb ihm gegenüber angebracht. Diese laute jedoch auf drei Jahre Zuchthaus. Die bürgerlichen Ehrenrechte brauchen ihm nicht aberkannt zu werden.

Es tritt nun eine Pause bis 2 Uhr ein; es sollen dann die Plädoyers der Verteidiger folgen.

Feuergeschehen mit Kantontruppen.

Die Europäer verlassen Nanjing.

Schanghai, 24. März. (Reuter.) Nach einer Radiomeldung aus Nanjing, wurde die Anhöhe, auf der sich die Ausländer aus Nanjing geflüchtet haben, beschossen. Man glaubt, daß das Feuer von Kantontruppen abgegeben wurde. Der britische Konsul wurde verwundet und ein britischer Arzt getötet. Hierauf bombardierten britische und amerikanische Kriegsschiffe das Gelände in der Nähe der Anhöhe, um den Ausländern die Räumung zu ermöglichen. Es wurden ferner zu diesem Zweck auch Marinebataillone geschickt.

14 Kreuzer im Hafen von Schanghai.

London, 24. März. (W.B.) Im Unterhaus erklärte Chamberlain, daß die britischen Streitkräfte in Schanghai aus acht Infanteriebataillonen und Hilfsmannschaften (?) beständen. Außerdem verfüge Großbritannien dort über fünf Kreuzer mit 1000 Marinesoldaten. Die Vereinigten Staaten haben, wie Chamberlain weiter erklärte, einen Kreuzer und drei Zerstörer mit 1200 Marinesoldaten, Japan vier Kreuzer und drei Zerstörer, Frankreich, Italien, Spanien und Holland je einen Kreuzer nach Schanghai entsandt.

Preussischer Landtag.

Orzesinski antwortet.

Nach Erledigung kleiner Vorlagen nahm heute im preussischen Landtag der Minister des Innern Orzesinski das Wort und erklärte noch einmal, er werde sich durch die gegnerische Kritik nicht abhalten lassen, das Notwendige zu tun.

Gegensätze zwischen Preußen und der Reichsregierung bestehen nicht. Die preussische Regierung arbeitet mit dieser Reichsregierung bisher genau so einträchtig zusammen, wie mit jeder früheren. Das liegt zum Teil daran, daß auch die neuen Herren im Reiche wissen, daß nur mit Wasser gekocht wird, und dann, daß jeder sich im Rahmen seiner Zuständigkeit hält. Und so wird es auch bleiben!

Vorgefecht um die Rüstungen.

Genfer „Abrüstung“ und Aufrüstung.

Eine Rüstungsvorkonferenz, wie man sie nennen könnte, begann am Montag am Völkerbundstag. Ihre Teilnehmer, wohl weit mehr als einhundert Delegierte von 21 Regierungen, nehmen an, daß sie bestenfalls wochenlang dauert. Aber vielleicht steigt sie schon nächste Woche auf. Es handelt sich um die, angebliche, Schlussstagung der „Vorbereitenden Kommission für eine Konferenz über die Begrenzung und Beschränkung der Rüstungen“. Sie hat sich in den fünfviertel Jahren ihres kummervollen Daseins gerade keinen guten Namen gemacht. Freilich war sie daran nur zum geringeren Teile selber schuld. Man hätte ihr von vornherein keine Aktionsfreiheit gelassen. Nur widerwillig hat sie der Völkerbundsrat im Dezember 1925 zusammenberufen. Er hat das nur auf Anordnung der Vollversammlung getan, der die Abrüstungsblamose des Völkerbundes nun endlich doch auf den polierten Diplomatenägeln gebrannt hatte. Als man im kleinen Kreise des Rates aber wieder unter sich war, glaubte man es sich leisten zu können, die öffentliche Weltmeinung übers Ohr zu hauen. Der Rat bedeckte einen Fragebogen aus, den seine „Vorbereitende Kommission“ erst einmal beantworten sollte. Schon die erste dieser Fragen war eine Ruß, von der er mit Recht annahm, sie würde nur langsam geknackt werden: „Was ist unter „Rüstungen“ zu verstehen; Begriffsbestimmung der verschiedenen Faktoren, von denen die Kraftentfaltung eines Landes in Kriegzeiten abhängt (potentiel de guerre)“. Frage 3 war nicht viel leichter: „Nach welchen Regeln kann man die Rüstung eines anderen Landes mit der eines anderen vergleichen?“ Auch Frage 4 hatte es in sich: „Gibt es „offensive“ und „defensive“ Rüstungen?“ Mit solchen intrikaten Fragen hielt der intrigante Rat die Kommission von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz ab. Sie war darauf beschränkt, Unterkommissionen aus Sachverständigen, vor allem also aus Militärs einzusetzen, und sie gelegentlich zu kontrollieren. Die Schuster waren zur Beratung über die Abschaffung der Stiefel bestellt! Das war das Bild, das sich der amüsierten, entrüsteten oder gleichgültigen Öffentlichkeit darbot.

Die endlosen Beratungen der Unterkommissionen — die militärtechnische Unterkommission A hat in ihrem Fleiß 86 Haupt- und 103 Spezialfragen abgehandelt! — haben wenigstens das eine gute gehabt. Sie haben die „Rüstungsvorkonferenz“ vor eine Entscheidung gestellt: entweder Bankrott zu machen oder sich zu sanieren. Entweder mußte die Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz für aussichtslos erklärt oder ein Ausweg aus dem Holzweg gefunden werden. Der offene Bankrott war unmöglich; den konnten die Regierungen unter dem Druck der Weltmeinung nicht riskieren. So hat die „Rüstungskonferenz“ einen neuen Weg eingeschlagen.

Sie begann am Montag mit einem stillen, dennoch dramatischen Auftakt. Sie hat die gesamten Forschungsergebnisse ihrer Unterkommissionen in den Ortus befördert, oder vielmehr: sie hat ihnen mit unübertrefflicher Grazie für ihre Arbeit gedankt und festgestellt, daß sie das Problem bis in die kleinsten Einzelheiten geklärt und damit die Bahn freigemacht hätten, das Problem praktisch anzufassen. Zugleich hatte eine Abrüstungsoffensive der englischen Arbeiterpartei eingeseht. Sie zwang im Unterhaus die Regierung, sich über ihre Abrüstungspolitik zu erklären. So legte Lord Robert Cecil schon am ersten Tage den Entwurf eines internationalen Rüstungseinschränkungsabkommens vor. Paul Boncour folgte am Dienstag mit einem französischen Gegenentwurf: ein Vorgefecht um die Rüstungen hat begonnen.

Einig sind die beiden Entwürfe in dem Grundsatz: die Rüstungsfreiheit muß aufhören, kein Staat darf mehr selbstherrlich über das Maß seiner Rüstungen entscheiden, es müssen internationale Rüstungsgrenzen festgesetzt werden, ein Wettstreit darf es grundsätzlich nicht geben. Hinter dieser Einigkeit aber klaffen schwere machtpolitische Gegensätze. England will die Landrüstungen (Frankreichs) einschränken: die Zahlen der unter Fahnen stehenden und der vorgebildeten Mannschaften soll begrenzt und herabgesetzt werden. Frankreich ist demgegenüber zwar bereit, die Stärken der unter den Waffen stehenden Mannschaften zu begrenzen und einzuschränken, aber es verlangt (im Hinblick auf Deutschland) dabei Gendarmerie und Polizei mitzuberechnen, will hingegen die Reserven ausschließen. England will die einzelnen Arten der Seerüstung begrenzen; will — über das geltende Washingtoner Abkommen hinaus — Höchststärken für U-Boote, Zerstörer und kleine Kreuzer einführen. Frankreich dagegen will sich die Freiheit vorbehalten, innerhalb der begrenzten Gesamttonnage zu bauen, was ihm beliebt. England weigert sich, eine internationale Rüstungskontrolle anzuerkennen; ebenso wie Amerika hält es an dem Überglauben der Souveränität fest, daß niemand ihm hereinzureden habe. Demgegenüber stellt Frankreich die genaue jährliche Rüstungskontrolle durch den Völkerbund als eine unbedingte Forderung auf.

Inmitten dieser klaffenden Gegensätze hat Italien erklärt, daß es grundsätzlich für die Abrüstung sei, zunächst aber einmal den Rüstungsausgleich mit der stärksten Kontinentalmacht, also die Aufrüstung auf den französischen Stand fordere. Polen und Rumänien weisen auf das Fehlen der Sowjetunion hin. Die deutsche Delegation hat Ab-

rüstungswillen befeindet. Aber durch den Mund ihres Delegationsführers, des Grafen Bernstorff, hat sie nicht unzweideutig gesprochen. Sie hat von dem Rüstungsausgleich geredet, aber dabei nicht deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie die Befestigung der Rüstungsspanne zwischen Deutschland und den Siegermächten allein durch den Ausgleich nach unten verlangt. Diese Zweideutigkeit mag ihr in dem Genfer pazifistisch-militaristischen Heildunkel nicht weiter verdacht werden. Was hinter dieser Zweideutigkeit der Delegation eines deutschen Reichstages aber steckt, enthüllte gestern mit brutaler Naivität die Rechtspresse: an den Genfer Abrüstungskämpfen interessiert sie allein, ob für Deutschland dabei eine Aufrüstung herauskommt. Und schon sekundiert ihr die Nationalistenpresse Frankreichs: sie deutet an, daß die Genfer Verhandlungen scheitern werden, und spricht bereits von den neuen Wegen, die man einschlagen müsse. Will sie damit andeuten, daß sie Deutschlands Aufrüstung der Abrüstung Frankreichs vorzieht?

Die Rüstungsvorkonferenz mag ausgehen wie sie wolle, sie mag aufliegen oder mit einem mageren Vergleich oder einem letzten Kompromiß der Mächte auf Kosten des Abrüstungsgedankens enden: Was in Genf gespielt wird, erfordert die ernste Wachsamkeit der schaffenden Massen und die stete Eingriffsbereitschaft ihrer Vertreter.

Keine Verbesserung der Hauszinssteuer.

Erklärungen des Reichsfinanzministers zur Lohnsteuer

Der Steuerauschuß des Reichstages beendete am Donnerstag die erste Lesung des Finanzausgleichs. Die von der Sozialdemokratie gestellten Anträge, bei der Hauszinssteuer die Bevorzugung der landwirtschaftlichen Gebäude zu beseitigen, die Verwendung der Hauszinssteuer für fiskalische Zwecke auf 20 Proz. zu begrenzen und die Friedensmiete für ein weiteres Jahr bis zum 31. März 1928 nicht überschreiten zu lassen, werden von den Regierungsparteien abgelehnt, obwohl sie die sachliche Berücksichtigung dieser Anträge anerkennen.

Ueber den Vorschlag des Vorsitzenden, Dr. Oberfohren, die Anträge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und zur Zuckersteuer erst in der zweiten Lesung zu beraten, entspann sich wiederum eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte. Genosse Junke macht die Zustimmung der Sozialdemokratie zu diesem Antrag von einer Erklärung des Reichsfinanzministers über die Lohnsteuer, die Vermögenssteuer und die Zuckersteuer abhängig.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler erklärt darauf, daß die Reichsregierung an dem Begrenzungsgezet zur Lohnsteuer, das eine Senkung der Lohnsteuer vorsieht, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Vierteljahre der Ertrag der Lohnsteuer monatlich je 100 Millionen übersteigt, festhalte. Im Hinblick darauf habe sie trotz der steigenden Tendenz der Lohnsteuer nur einen Ertrag von 1200 Millionen Mark im Etat vorgesehen. Wenn die Vermögenssteuer den im Gesetz vorgeschriebenen Betrag von 400 Millionen im Rechnungsjahr 1926 nicht erreicht, werde die Reichsregierung die Racherhebung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vornehmen. Ueber die Senkung bzw. Befestigung der Zuckersteuer habe sich die Reichsregierung noch nicht schlüssig gemacht. Im Augenblick sei bei der angespannten Finanzlage des Reiches die Senkung nicht möglich.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Entschädigung der süddeutschen Staaten aus der Biersteuer. Ein sozialdemokratischer Antrag will die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 45 Millionen Mark jährlich durch eine Erhöhung der Börsenumsatzsteuer aufbringen. Ein demokratischer Antrag verlangt die Ermäßigung der Entschädigungssummen um etwa ein Drittel und die Begrenzung des Gesetzes für die Dauer des provisorischen Finanzausgleichs.

Genosse Herz lehnt den Gesetzentwurf ab. Wollte man ihn jedoch annehmen, dann müsse man auch die zu seiner Ausführung erforderlichen Mittel bereitstellen, wie das der sozialdemokratische

Antrag vorsehe. Geschehe das nicht, so rufe man dadurch die Gefahr von Einschränkungen bei den sozialen Ausgaben des Reiches hervor. Abg. Dr. Brüning (Z.) und Dr. Gerekke (Dnat.) versichern ihre Sympathie für diesen Antrag, lehnen ihn aber im Augenblick ab.

Die sozialdemokratischen und demokratischen Abänderungsanträge werden abgelehnt, und der Gesetzentwurf unverändert angenommen. Außerdem stimmt der Ausschuß einer Entschließung zu: „Die Behandlung der verschiedenen sogenannten Aufwertungsansprüche der Länder darf nur auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung und nur einheitlich gegenüber allen Ländern erfolgen.“

Die Erwerbslosen dürfen hungern.

Der Rechtsblock lehnt Erhöhung der Unterstützungen ab.

In seiner heutigen Sitzung verhandelte der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages den Antrag der Sozialdemokratie auf Verlängerung der Krisenfürsorge und eine angemessene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Der Antrag wird vom Genossen Bren begründet, der darauf hinwies, daß eine nennenswerte Besserung des Arbeitsmarktes nicht zu verzeichnen sei. Seit Mitte Januar bis Mitte Februar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nur um 25000 zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger in der gleichen Zeit von 138164 auf 191755 gestiegen. Das ist eine Zunahme von 38,8 Prozent. Alle Voraussetzungen für die Verlängerung des Krisenfürsorgegesetzes, das am 31. März abläuft, seien noch gegeben. Die Erwerbslosen befänden sich in begreiflicher Erregung über die Ungewißheit ihres Schicksals. Im abgelaufenen Jahre und in den Monaten Januar und Februar sind die Kosten für die Lebenshaltung mit Ausnahme zweier Punkte fortgesetzt gestiegen, allein die Wohnungskosten um 48 Prozent. Das laufende Jahr bringe neue Mietssteigerungen in empfindlicher Höhe.

Eine Erhöhung der Unterstützungssätze sei daher dringend notwendig.

Aus der Ausgaberechnung eines Erwerbslosen führte der sozialdemokratische Redner den Nachweis, daß bei einer Unterstützung von 22 Mark die Woche

einer Familie von vier Köpfen nach Befreiung der notwendigen Ausgaben für Nahrung ganze 42 Pfennige übrig bleiben.

Dabei sei darin noch kein Pfennig für Milch, Fleisch oder Fleischware angegeben. — Der Regierungsvortragende erwiderte, daß aus den gleichen Erwägungen, die der sozialdemokratische Redner angestellt hatte, die Regierung zu dem Entschluß gekommen sei, die Dauer der Krisenfürsorge zu verlängern. Eine entsprechende Vorlage sei dem Reichsrat zugegangen. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze könne nicht in Aussicht genommen werden. Nach einer Berordnung des Arbeitsministeriums werde die Mietssteigerung den Erwerbslosen zu 8 Prozent erlassen. Die Regierungsparteien schwiegen sich aus. Auch ein Appell der Genossin Schröder löste ihnen die Zunge nicht.

Ein Antrag der Sozialdemokraten auf Erhöhung der Unterstützungen, der 30 Proz. für Hauptunterstützungsempfänger und 20 Proz. für Ledige fordert, wurde abgelehnt, ebenso ein kommunistischer Antrag auf 50 Proz. Erhöhung. Abgelehnt wurde auch ein Eulentwurf der Sozialdemokratie, der als Ausgleich für die Mietssteigerung 10 Prozent Erhöhung der Unterstützungen verlangte. Das gleiche Schicksal hatten die Anträge, die eine Abänderung des Krisenfürsorgegesetzes forderten.

Verfassungstreit im Rechtsauschuß.

Das Volksbegehren der Sparer.

Im Rechtsauschuß des Reichstages kamen heute die Anträge des Abg. Dr. Best zur Beratung, die sich auf die Ablehnung des Volksbegehrens des Sparerbundes im August 1926 beziehen. Die neuerdings erfolgte Kabinettsentscheidung, durch welche das kürzlich beantragte Volksbegehren der Reichsarbeitsgemeinschaft Höhne-Uhlberg abgewiesen wird, blieb unerörtert, weil nach allgemeiner Auf-

fassung, auch der des Abg. Dr. Best dieses Begehren mit der Reichsverfassung nicht zu vereinbaren ist. In bezug auf das vorjährige Volksbegehren des Sparerbundes vertrat der Antragsteller Best die Auffassung, daß seine Ablehnung nicht nur einen objektiven, sondern auch einen subjektiven, d. h. bewußten Bruch der Reichsverfassung bedeute.

Die Auffassung der Sozialdemokratie vertrat Abg. Dr. Landsberg. Die Entscheidung des Kabinetts sei zweifellos verfassungswidrig. Aber es sei politisch unklug, wie Best es wolle, eine Interpretation der Reichsverfassung auf dem Wege der Verfassungsänderung vorzunehmen. Aus dem geltenden Wortlaut der Verfassung ergäbe sich ganz klar, daß Gesetzentwürfe wie der des Sparerbundes von der Volksabstimmung nicht ausgeschlossen werden sollen. Es handele sich bei diesem Gesetz weder um den Haushaltsplan noch um ein Abgabengesetz, sondern um die Abwehr einer Vermögenskonfiskation. Die Verfassungswidrigkeit der Kabinettsentscheidung sei auch zugegeben mit dem vom Kabinettsleiter Luther unternommenen Versuch, durch eine Änderung des Art. 73 der Reichsverfassung den Volksentscheid über Aufwertungsgeetze ausdrücklich auszuschließen. Hält die Regierung diese Verfassungsänderung für notwendig, um das Volksbegehren ablehnen zu können, so dürfe sie nach der Zurückziehung ihrer Vorlage nicht auf Grund der unangewandelten Verfassung zur Ablehnung des Volksbegehrens kommen.

Staatssekretär Dr. Schweigert rechtfertigte die Haltung des Kabinetts. Die Vertreter der Regierungsparteien dagegen nahmen eine sehr unbestimmte Haltung ein. Im besonderen erklärte der Volksparteiler Dr. Wunderlich, man könne über die Verfassungsmäßigkeit der Kabinettsentscheidung geteilter Meinung sein. Ganz schweigend verhielten sich die Deutschnationalen, deren Verhalten wieder in scharfem Gegensatz stand zu der Stellungnahme eines Teiles ihrer Presse gegenüber dem Kabinettsbeschlusse.

Das Ergebnis der Debatte bestand darin, daß Abg. Best den Antrag, der eine Interpretation des Art. 73 der Reichsverfassung bezweckte, auf Vorschlag Dr. Landsbergs zurückzog, um eine auf verwerflichen Motiven der einzelnen Parteien beruhende Ablehnung zu vermeiden. Der Antrag Best, der eine Ergänzung des Strafgesetzbuches durch Strafbestimmungen für Verletzung der Reichsverfassung durch Minister des Reichs oder der Länder vorschlug, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Ein dritter Antrag wurde zurückgestellt bis zur Beratung des Gesetzentwurfs, der die Nachprüfung von Reichsgesetzen auf ihre Verfassungsmäßigkeit regeln will.

Die neugierige Botschaft.

Sie sucht Staatsangehörige.

Der italienische Publizist Dalmo Carnevati schreibt uns: „Die italienische Botschaft in Berlin hat sich an die zuständigen deutschen Behörden gewandt, um Auskunft darüber zu erbitten, ob ich italienischer oder deutscher Staatsangehöriger sei. An Hand meiner Papiere kann ich feststellen, daß ich Italiener bin; immerhin konnte ich bei dem mich befragenden Beamten ein unerbittliches Erstaunen darüber feststellen, daß die italienische Botschaft nicht einmal weiß, welche Bürger sie unter ihrer Obhut zu halten hat. Ich konnte auch nicht umhin, zu bemerken, daß dank der jetzt in Italien gehandhabten Ausnahmemaße gegen die Opposition im Auslande, möglicherweise während der letzten Nacht, eine Veränderung meiner Nationalität eingetreten sein könnte, daß ich vielleicht im Augenblick ohne mein Wissen staatenlos geworden sei. Bis zum 13. März allerdings glaubte ich die Schweiz zu haben, noch dem Lande anzugehören, in dem ich das Licht der Welt erblickte, denn an diesem Tage erhielt ich, trotz meiner wohlbekanntem Stellungnahme zum sozialistischen Regime, eine Einladung zur Teilnahme an der Jahresfeier der Gründung der Fasci! Wenn aber die Regierung der Botschaft den Zweck gehabt haben sollte, meine Nationalität einwandfrei festzustellen, um mich den Willen des „Duce“ preisgeben zu können, so löst mich das völlig kalt, weil ich, wie einer der großen Gründer der italienischen Einheit, Giuseppe Mazzini, die Freiheit liebe, sie vielleicht noch tiefer liebe als das Vaterland...“

Die Angst vor dem Janiboni-Prozess. Nach dem „Giornale d'Italia“ wurde der Prozess gegen Janiboni wiederum auf unbestimmte Zeit verschoben.

Volkstheater.

„Gewitter über Golland“ von Ehm Welt.

Alles Verdienst für Erwin Piscator! Er hat das, was er für Theater hält, mit bewundernswürdiger Energie durchgeführt. Was er für Theater hält, ist das Trommelfeuer auf die Phantasie der Masse. Wir müssen der Ohnmacht verfallen und der Kunst des Regisseurs vollkommen ausgeliefert sein. Piscator leugnet nicht, er verschleiert auch nicht, was er will. Wir müssen mit ihm wollen. Wir können uns ihm nicht entziehen. Er ist der Sieger mit seiner Morphinsierung und Suggestionkraft. Es vergeht uns die Lust, mit Piscator theoretisch zu rechten. Wir staunen nur, wir staunen darüber, daß er diesmal die Möglichkeit vollständig bewiesen hat, Film und lebendiges Theater miteinander zu verbinden. Beispiele: Auf der Bühne beginnt eben eine Seeschlacht. Auf der Leinwand tobt die Seeschlacht dann weiter. Die Wellen, die über Schiff und Mannschaft hinwegweischen und die drohenden Wolken am Himmel, kurz, alle diese künstlich gesteigerte Realistik, die trotzdem mit raffiniert unwahrscheinlichen Mitteln und Tricks hergestellt wird, das geht auf die Nerven und logar tief in die Nerven hinein. Wir sperrten Maul und Augen auf und werden primitiv gepackt. Aber der Regisseur geht noch weiter. Es wird ein Volksschauspiel mit Tendenz aufgeführt. Arme Leute, die vor 500 Jahren kommunistisch zueinander hielten und dann von dem falschen Freunde Störtebeker betrogen worden, geraten in Konflikt und Aufruhr, in Kanonaden und Kirchenschändung, in Trancegeschrei, in politischen Jubel und politischen Kognessamer. Da der Regisseur zu den armen Leuten nicht nur als Mithelfer des Dichters, sondern auch als Gefinnungsgenosse hält, benutzt er Bühne und Filmleinwand auch zum Besseren. Er lockt die Gefinnung des Zuschauers heraus. Kein Herz darf schlafen. Von einer Propagandaleinwand, die zu beiden Seiten der Bühne herunterhängt, wird diese Tendenz durch Bild und Schrift gepredigt. Was irgendwie gedanklich mit der Gefinnung des Stückes zu tun hat, wird als flimmerndes Flugblatt und Manifest gezeigt, angefangen vom alten Holzschnitt bis zum Trochyl-Manifest. Man gerät wirklich in Trance. Dazu noch Musik, Heilsarmeeemusik, Schlachtenmusik, Kirchenmusik, schwere Tonalität, herzerreißende Atonalität. Die Hauptspieler auf der Bühne erscheinen auch auf der Leinwand. Sie marschieren auf, wie die Zirkustruppen bei Sorokin. Sie stellen sich vor uns auf in ihren von Piscator und Traugott Müller sehr materisch erdachten Kostümen, die wiederum ein Gemisch von Sowjetanzug und Revolutionsanzug aller Zeiten bedeuten. Man ist vollgestopft mit Eindrücken. Das ist die Hauptache.

Beinahe wird vergessen, daß auch die Dichtung dieser Regie zum Fundament dienen soll. Das Schauspiel von Ehm Welt ist kein sehr starkes Werk. Es ersäuft in Worten. Die Tendenz bleibt manchmal so offenbar an den Szenen, daß man glauben mag, der schon reife Mann sei eben erst in die Sturm- und Drangjahre hineingekommen. Das Schauspiel, mit dem Piscator so bewundernswürdig herumturnt, würde niemals gefesselt haben, wenn nicht eben der Regisseur Unerwartetes, ganz Ueberraschendes, unbedingt Neues und absolut Padendes geschaffen hätte. Die Phantasie

des Regisseurs hat alles geleistet, sie hat jeden Widerstand gebrochen. Das Schauspiel von Ehm Welt ist ein brodes historisches Drama. Man wird es lieben, wenn man die verkündete Gefinnung liebt, man wird es viel häufiger betrachten, wenn man dem Gedankenkreis des Dichters fernsteht. Aber das Geheimnis Piscators ist es eben, daß er die redseligen Szenen des Schauspiels aus einer moralisch angreifbaren Sphäre in eine theatralisch unbedingt wirksame Sphäre hineingetriebsen hat. Der Regisseur hat auch den Schauspielern des Theaters am Bülowplatz keinen Willen imponierend aufgegeben. Heinrich George und Alexander Grauch, Leonhard Steckel und rings um sie die vom Regisseur prächtig gedrihten und sogar gezielten anderen Künstler, sie spielen unter dem Einfluß ihres heischen Leiters, nicht unter der Macht der Dichtung. Der Regisseur zwingt sie, seine Tendenz zu verkünden. Heinrich George spielt jenen Störtebeker, der einstmals aus Haß gegen die hanseatischen Krämer den armen Leuten ein Himmelreich und Gottesland bereiten wollte und dann zugrunde ging, weil er schließlich nicht mehr der reinen Idee, sondern nur noch seinem eigenen Ruhm dienete. George war prächtig in seiner massiven Bärennatur, in seiner ungeheuren Kindlichkeit, dann, wenn es gilt, den Todesfeuer auszustößen wie ein gefesselter Simson. Alexander Grauch wird vom Regisseur gezwungen, in der Wüste und vielleicht auch in der Lonart Lenin nachzuahmen. In alles mischt sich eben dieser Regisseur ein, der nicht danach fragt, ob der Dichter mit ihm zufrieden ist. Der Dichter kann übrigens hoch zufrieden sein, denn Piscator hat ihm Ehren verschafft, die von einem hell begeisterten Theater spendet wurden. Max H o r f.

Die Uraufführung des Weltchen Schauspiels war noch im letzten Augenblick dadurch bedroht, daß der Volkstheater von der Obersten Filmprüfstelle das Vorführen einiger Bilder untersagt wurde. Man mußte bis in den späten Nachmittag verhandeln, und trotzdem verlangte die Behörde, daß einige Bilder unterdrückt wurden.

Die librische Schriftstellerin Lydia Seiffalina sprach im Saal der Deutschen Gesellschaft 1914 auf Einladung der Deutschen Schriftsteller zum Stadium Osteuropas über „Die neuen Schriftsteller in Sowjetrußland“. Sie versuchte klarzulegen, weshalb die Literatur des neuen Rußland bisher so wenig Weltgeltung errungen hat und erringen konnte. Die Jahre des Umsturzes in Rußland hatten für Schriftsteller keinen Raum. Es galt, am Aufbau des Landes zu helfen, Lehrer, Journalist zu sein. Literatur wuchs in dieser Zeit nur spärlich. Aber was an Werken entstand, trug den Stempel dieser neuen Epoche, wurde knapper im Ausdruck, schärfer im Stil, als es die klassische russische Literatur war. Die Sehnsucht des neuen Volles prägte sich dem Schaffen der Schriftsteller auf. Das Persönliche trat völlig in den Hintergrund; das Schicksal der Allgemeinheit, des Volkes interessierte. Die Phantasie verlagte; denn die Erlebnisse der Wirklichkeit konnte von keiner Phantasie erreicht werden. So kam es aus immeren und äußeren Gründen zur Umwälzung und zum Neuaufbau auch in der russischen Literatur. Aber vor diesem Neuaufbau, sagte Frau Seiffalina sehr hübsch, stehen die Gerüste noch. Man sieht das Reuegeschaffene noch nicht klar. — Leider unterließ es Frau Seiffalina, in ihrem Vortrag auf Probleme des neuen russischen Schrifttums einzugehen. Denn die Auseinandersetzung mit Ilsa Ehrenburg (wenn er gefragt

hat, wie er es gesagt haben soll) mußte natürlich ganz an der Oberfläche bleiben. Aber wahrscheinlich vermied die Vortragende, die russisch sprach und ihre Ausführungen dann erst überlegen ließ, kompliziertere Darlegungen, um den Vortrag nicht allzulehr in die Länge zu ziehen. T. S.

Rudolf-Büchner-Abend. Mittwochsabend im Sturm. Rudolf Büchner sprach u. a. Wolf Knoblauch, Wilhelm Runge, Gerhard Kuffhäuser, Kurt Heynide, Volmar Schreyer, August Stramm, Otto Rebel und gab zum Schluß drei kleine satirische Spiele Schwitter „Anna Blume“, das Kammerspiel und seinen eigenen Dialog zwischen Künstler und Mäzen „Der Stahl“. Büchner als Sprecher ist besonders im dramatisch Geistesigen und Ironischen ein starkes Erlebnis. Worte explodieren, blähen auf, zischen, kurz tieft, oft ungeahnte Musik der Worte wird lebendig. So ist es kein Wunder, daß Heynide in seinem „Angriff“ und Stramm mit seiner „Reue“ eine gewaltige Wirkung ausübten, denn die Worte werden Fleisch und Blut. Das laute Höhnen und billige Lächeln über den in Vielem bahnbrechenden August Stramm, der als Opfer des Krieges fiel, ist ja bei den Einsichtigen längst der Bewunderung für den tühnen Wortrevolutionär gewichen. Auch für das Deutsche könnte sein Werk für die neuen Sprechhöre oft als Vorbild dienen. B. Sch.

Die Bushneger an den Völkerbund. Das Völkerbundsekretariat hat jüngst eine Friedensfundgebung der Bushneger von Surinam in holländisch Guyana erhalten, die ihres fast biblischen Stiles wegen bekanntgemacht zu werden verdient: „Wir Bushneger von Surinam haben vom großen Krieg gehört, den die Völkern jenseits des Ozeans unter sich geführt haben, und konnten die große Not, die der Krieg mit sich brachte, sogar selber wahrnehmen. Deshalb richte ich, Adjantosejo, großes Oberhaupt der Saramaccaner Bushneger folgende Botschaft an den Völkerbund: Wir sind froh, daß der große Krieg zu Ende ist, und daß es jetzt Friede gibt. Tödet einander nicht mehr, sondern lebt in Frieden miteinander. Dies sagen wir euch nicht aus überhöhltem Stolz, sondern in demüthiger Liebe. Ich grüße euch mit einem fröhlichen Gruß im Namen meiner Apatjien und meines ganzen Volkes.“ — Das Völkerbundsekretariat hat für die Kundgebung gedankt und darauf hingewiesen, daß der Völkerbund unaufhörlich für die Aufrechterhaltung des Friedens arbeitet und zu diesem Zweck jedes Jahr die Vertreter aller Nationen im großen Völkerbundssaal in Genf zusammenruft, um über ihre Räte zu beraten und was im gemeinsamen Interesse getan werden kann.“ Ferner legte das Sekretariat eine Photographie mit einer Sitzung „der Gefandten aller Nationen“ seiner Antwort bei, auf welche der große Häuptling Adjantosejo nicht wenig stolz sein wird.

Das Konzert des Männerchors Fische-Georgia findet nicht, wie durch einen Druckfehler in der heutigen Morgennummer gemeldet wird, am heutigen Donnerstag, sondern erst am nächsten Sonntag, dem 27. Mai.

Neue Töne der Gruppe Stocouel-Trümpf, die durch die Mitwirkung des Bewegungschors der Volkshöhne einen besonderen Reiz erhalten, werden im Mittelpunkt der 5. Langmatinee der Volkshöhne stehen, die am nächsten Sonntag, vormittags 11^{1/2} Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfindet. Einlaßkarte zum Preise von 1,30 M. in den Verkaufsstellen der Volkshöhne G. B. (Kriegs-Theaterkasse u. m.) erhältlich.

Die Spaltung der Kommunisten.

Partels und Grylewicz lehnen Mandatsniederlegung ab.

Bekanntlich machte sich die Opposition auf dem Berliner kommunistischen Parteitag so bemerkbar, daß mehrere Abgeordnete der KPD, unter ihnen der Landtagsabg. Partels, Krefeld und der Landtagsabg. Grylewicz, bisher Parteisekretär der KPD in Berlin, aufgefordert wurden, ihre parlamentarischen Mandate niederzulegen. Wie wir erfahren, werden diese Oppositionsmitglieder jedoch der Aufforderung keineswegs nachkommen. Sie haben eine Mandatsniederlegung abgelehnt unter Hinweis darauf, daß sieben andere Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion sie aufgefordert haben, ihre Mandate aufrechtzuerhalten und daß ferner einige tausend Funktionäre der Partei durch ihre Unterschrift sich dieser Aufforderung angeschlossen haben.

Entspannung auf dem Balkan?

Eine Untersuchung über die italienischen Anklagen gegen Südslawien.

Paris, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwochabend ist zwischen der englischen und französischen Regierung zur Lösung des italienisch-südslawischen Konfliktes eine prinzipielle Einigung dahin erzielt worden, die Untersuchung über die von Italien gegen Südslawien erhobenen Beschuldigungen einer auf breiter Basis zusammengesetzten Kommission zu übertragen.

England wünscht Deutschlands Beteiligung.

Paris, 24. März. (Zit.) Nach den Mitteilungen des Londoner Berichterstatters des „Echo de Paris“ besteht die englische Regierung darauf, daß Deutschland an der an die albanische Grenze zu entsendenden Militäruntersuchungskommission teilnehme, obwohl der Versailler Vertrag sich gegen die Ernennung deutscher Militärattachés im Auslande ausspricht. In London werde die französische Auslegung des Artikels 179 als überholt bezeichnet und erklärt, daß es sich nicht um eine Kommission von Militärsattachés im eigentlichen Sinne des Wortes handelt, sondern um eine Kommission von zu ernennenden Militärfachverständigen, der sich auch Offiziere neutraler Staaten, z. B. Standnaviens, anschließen sollten.

Ferner bestätigt der Bericht, daß Rom eine Untersuchung jenseits der albanischen Grenze, wie dies aus Fristigegebenheiten von der jugoslawischen Regierung verlangt werde, ablehne. Mussolini habe neue Instruktionen an die Pariser und Londoner Botschaft erteilt, die dahin gingen, daß die Untersuchung nur auf jugoslawischem Gebiet geführt werden könne. Gleichzeitig habe Mussolini erneut darauf verwiesen lassen, daß trotz der jugoslawischen Beteuerungen verdächtige Bewegungen von der albanischen Grenze gemeldet würden. Mussolini widersetzte sich auch weiterhin der Absicht, den Konflikt durch das Zustandekommen eines jugoslawisch-albanischen Übereinkommens zu lösen, da Italien alleiniger Protektor Albaniens bleiben wolle.

Berlin behauptet, daß die gestern erzielte Einigung über die Entsendung einer Untersuchungskommission eine Niederlage Frankreichs bedeute vor allem deshalb, weil zum ersten Male seit dem Kriege auch ein deutscher Militärfachverständiger an einer solchen Kommission teilnehmen und sich die Untersuchung nur auf jugoslawischem Gebiet abspielen solle.

Da Italien sich einer Ausdehnung der Untersuchung auf Albanien widersetzte, Jugoslawien aber darauf bestünde, werde man, wie der „Matin“ schreibt, nun eine Einigungsformel über den Untersuchungsgang finden müssen, die dem Standpunkt beider Länder Rechnung trage.

Am Berliner amtlicher Stelle ist von einer Hinzuziehung deutscher Offiziere für die Balkanuntersuchungskommission noch nichts bekannt. Eine derartige Anregung sei noch nicht nach Deutschland gelangt.

Südslawiens Gegenanklage.

Belgrad, 24. März. (B.Z.) Die Zeitung „Brest“ schreibt heute: Man spricht davon, daß die Regierung Material für eine Zirkularnote zusammenstellt, die an alle befreundeten und verbündeten Regierungen geschickt und in der nähere Anknüpfung über militärische Vorbereitungen Italiens unter der unmittelbaren Leitung Mussolinis enthalten sein sollen. In der Note werden diese Rüstungen als eine unmittelbare Gefahr für alle Nachbarstaaten Italiens bezeichnet und wird eine Enquete und Nachprüfung dieser Rüstungen verlangt.

Einberufung der Internationale beantragt.

Paris, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Verwaltungs-Kommission der französischen Sozialistischen Partei hat am Mittwoch auf Vorschlag Renaudets den Wunsch ausgesprochen, eine Einberufung des Exekutivkomitees der Arbeiter-Internationale zu einer außerordentlichen Sitzung am 2. April nach Brüssel zu beantragen, um die durch den italienisch-jugoslawische Konflikt geschaffene Lage einer durchgreifenden Prüfung zu unterwerfen.

„Deutschlands Vernichtung durch die Presse.“

... Unter Zugabe von Kaffee und Kuchen.

Die Ortsgruppe Friedrich-Luisenstadt der Deutschen Nationalen Volkspartei veranstaltet heute um 8 Uhr in Alexander einen Vortragsabend, der ganz besonders amüsant zu werden verspricht. Der Herr Verlagdirektor Dr. Raempff wird nämlich berichten über das Thema, daß Deutschland vernichtet wird. Und zwar durch die Presse. Freilich wird ein pp. Jubiläum nach menschlicher Voraussicht in dem Laborat des Herrn Direktors nichts vernichten über die Vernichtung der deutschen Intelligenz durch Hugenbergs „Total-Anzeiger“ und die sonstige Organe zur Verdamnung Berlins und seiner weiteren Umgebung vom „Reichsboten“ bis zur „Reichsausgabe“. Um o mehr wird sicherlich gemeldet werden auf die „jüdische“ demokratisch-republikanische Presse und die — hu hul! — volksvergiftenden ver... sozialistischen Blätter. Die Weisheiten, die Herr Raempff verzapfen wird, sollen den bejammernswerten Zuhörern aber noch ganz besonders versucht werden. Der Einladungs liegt nämlich ein gedrucktes Zettelchen bei, das diese goldene Worte trägt: „Danke des liebenswürdigen Entgegenkommens eier bedeutenden Firma ist es uns möglich, unseren Mitgliedern und Gästen an diesem Abend Kaffee und Kuchen gratis zu verteilen.“

Sollte diese „bedeutende Firma“ etwa identisch sein mit dem Hause, dessen Verlagdirektor Raempff heißt? Ist pflegeman zu sagen, daß „mit Gewalt kein Bulle zu melken“ ist. In diesen Fällen wird es anders sein! Durch Kaffee und Kuchen gestärkt, werden die Besucher des Alexanderiners heute abend in die Lage kommen, selbst die lichtvollen Ausführungen Herrn Raempffs über Deutschlands Vernichtung durch die Presse mit Fassung und Geduld zu ertragen!

Acht Jahre Arbeiterwohlfahrt.

Am letzten Sonntag hielt der Berliner Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt seine diesjährige Generalversammlung ab. Genossin Hedwig Wachenheim sprach einleitend zum Thema die „Wohlfahrtspolitische Stellung und Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt“ und führte dazu folgendes aus:

„In den acht Jahren, die seit Gründung der Arbeiterwohlfahrt verlossen sind, hat sich die Organisation sehr geändert. Von den wenigen Ortsausschüssen, die damals ins Leben gerufen wurden, sind wir auf über 1000 angewachsen. Wir sind in alle Arbeitsgebiete eingedrungen. Nur in einem Punkt hat sich die Arbeiterwohlfahrt geändert — in ihrer Stellung zur Partei. Sie ist der Fachausschuß der Partei für die Wohlfahrtspflege. Die Arbeiterwohlfahrt hat die Aufgabe, für die Wohlfahrt neue Wege zu finden, die Wohlfahrt im Zusammenhang mit der Partei zu fördern. Die alten Wohlfahrtsorganisationen wollen diese Umgestaltung nicht. Wir sind politisch, um unsere Auffassung durchzusetzen, um die nötige Wohlfahrtspflege zu gewinnen. Die bürgerlichen Organisationen entscheiden sich des politischen Mantels nicht um vorwärts zu kommen, sondern um zu hemmen. Das Reichsarbeitsministerium hat sich für seine wohlfahrtspflegerischen Aufgaben eine eigene Organisation geschaffen. Es hat bestimmte Spitzenverbände zusammengezogen, und zwar: Den Zentralkomitee für die innere Mission; den Caritas-Verband für das katholische Deutschland; die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden; das Deutsche Rote Kreuz; den fünften Wohlfahrtsverband, den Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt und den Zentralkomitee der christlichen Arbeiterschaft, der als Gegengewicht gegenüber der Arbeiterwohlfahrt auf besondere Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums ins Leben gerufen wurde. Diese Spitzenverbände fungieren als Verteilungstelle für die Verteilung von Reichsmitteln und als sachverständige Berater bei der Behandlung bestimmter wohlfahrtspflegerischer Fragen. Auf den Charakter dieser Verbände eingehend, wies Genossin Wachenheim auf die ausgesprochenen Gegensätze des fünften Wohlfahrtsverbandes hin und auf die für die Republik unmögliche Organisation des Roten Kreuzes und behandelte dann die besondere Stellung der konfessionellen Verbände. In der kirchenpolitischen Arbeit der konfessionellen Verbände ist der Caritas-Verband führend. Die katholische Kirche steht überall vor und versucht die verlorenen politischen Rechte wieder zu erobern. In Frankreich hat sie die royalistische Linie verlassen und versucht mit den linksgerichteten Parteien in Fühlung zu kommen. In Italien

verhandelt sie mit Mussolini. In Rußland und Amerika beobachtet sie dieselben Bemühungen. In Deutschland ist sie politisch bedeutungsvoll durch das Zentrum, das besonderes Gewicht auf die Verwaltungspolitik gelegt hat. Überall in der politischen Verwaltung sitzen Katholiken an den entscheidenden Stellen. Diese Machtstellung entspricht der Rechtsauffassung der katholischen Kirche. Sie verfolgt insbesondere ihre Erziehungsgrundsätze in der Jugendfürsorge. In der Schulpolitik und in der Jugendfürsorge erstrebt sie nicht nur die konfessionelle Schule und Anstalt, sondern auch die Abhängigkeit der Lehrer und Erzieher von der Kirche. Die Kirche erstrebt die konfessionelle Zersplitterung der Jugendfürsorge. Sie verlangt im Gegensatz zur Verfassung, nach der die staatliche Gemeinschaft die Erziehung des Kindes übernehmen soll, in allen Fällen, in denen Erziehung geübt werden muß, ihre Ausübung durch die Kirche. Die evangelische Kirche stellt heute dieselben Ansprüche wie die katholische Kirche; sie offenbart mit ihren Berufen ihre reaktionäre Gesinnung. Durch die Herausnahme der Wohlfahrtspflege aus der öffentlichen Hand will sie diese dem Einfluß und der Leitung der sozialistischen Arbeiterschaft entziehen. „Der Staat muß erkennen, daß er mit der Erziehung religiöse Aufgaben übernimmt. Er muß sich daher an die Kirche wenden.“ Das ist ihr Standpunkt. Diese Forderung richtet sich im Zusammenhang mit der Fürsorgeziehung gegen uns. Wir sind interkonfessionell. Das Gesetz sagt nicht, daß die Kirche den Helfer stellen muß, sondern der Helfer muß zu der Konfession des von ihm zu Betreuenden gehören. Wir betrachten uns als das Organ des Volkes, das seine öffentlichen Aufgaben auf diesem Gebiet durchzuführen hat. Das Volk hat auch in diesem Fall durch den Staat, die Selbstverwaltung mit der Durchführung der Aufgaben beauftragt und sie somit verantwortlich dafür gemacht, wie es dem Volke geht. Die Befehle der Kirche müssen hinter denen des Staates zurückgehen. Die Wohlfahrtspflege muß den heutigen Verhältnissen angepaßt sein; sie muß umfassend, planmäßig und vorbeugend sein. Das alles kann nur der Staat garantieren.

Genossin Todenhagen erläuterte den schriftlich vorgelegten Jahresbericht und betonte die im Referat der Genossin Wachenheim aufgezeigte Politik des Reichsarbeitsministeriums. An der Aussprache beteiligte sich auch Stadträtin Genossin Beyl, deren Ausführungen eine Ergänzung in derselben Linie ergaben. In den Vorstand der Arbeiterwohlfahrt wurden gewählt: Minna Todenhagen, Franz Künstler, Dr. Walter Friedländer, Alex. Bagels, Emma Döhl, Dr. Käthe Frankenthal, Helene Schmitz, Hedwig Wachenheim, Stadtrat Jachow; als Kassenrevisoren: Otto Stein, Lichtenberg, Theresie Jermann, Steglitz, Gertrud Scholz, Neuföln.

Weitere Waffenfunde bei den Völkischen.

Neue Schlägerrien.

Gestern abend wurden die Teilnehmer an einer Versammlung des Roten Frontkämpferbundes und einer der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nach Versammlungsschluß auf Waffen durchsucht.

Bei den Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes, die in der Friedrich-Karl-Straße zu Lichtenberg tagten, wurden keine Waffen gefunden. Bei der nationalsozialistischen Versammlung, die im „Bikarigarten“ zu Wilmersdorf stattfand, brachte die Durchsuchung, wie auch am Dienstag in den „Hohenzollernfesten“ in Wilmersdorf, wieder ein ganzes Waffenarsenal zutage. Von den Teilnehmern an der nationalsozialistischen Veranstaltung wurden allein fünf Personen festgenommen und der Abteilung IA im Polizeipräsidium zugeführt, die gefährliche Waffen, Messer und eine Zange (!) bei sich führten. Außerdem wurde eine genaue Untersuchung des Versammlungsortes vorgenommen. Folgende Gegenstände, die mehrere Teilnehmer bei der drohenden Durchsuchung fortgeworfen hatten, wurden vorgefunden: 1 Gasrohr, 2 ausziehbare Toischläger, 1 Schlagring, 6 Schlagringe, 2 Totschläger in Leder, 2 Ketten in Hüllen, 1 Dolch mit Scheide, 1 Küchenmesser, 1 Stahlmesser, 1 Gasrohr mit Griff, 1 Vollstahl und 2 Toischläger mit Leitungsdrahten. Sämtliche Waffen wurden von der Polizei beschlagnahmt. In verschiedenen Stadtteilen ist es auch gestern nacht wieder zu Schlägereien zwischen Rechtsradikalen und Kommunisten gekommen. Am Antonplatz in Weißensee entbrannte eine Schlägerei zwischen Mitgliedern des Koffhäuser-Jugendbundes (Turnabteilung des Kampfgemeinschaftsvereins) und jugendlichen Kommunisten, von denen einige Uniform trugen. Zwei Koffhäuserleute wurden durch Stochhiebe am Kopfe verletzt. Einer der Täter, der einen Schlagring bei sich trug, konnte verhaftet und der Abteilung IA im Polizeipräsidium zugeführt werden. — In der Fruchtstraße kam es zwischen drei Kommunisten und einem dort wohnenden Restaurateur zu einem Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Einem hinzugerufenen Polizeibeamten leistete der Täter Widerstand entgegen. Während zwei von ihnen unerkannt entkommen konnten, wurde der dritte verhaftet und in das Polizeipräsidium gebracht.

Hastbefehl gegen 14 Völkische.

Wegen der Vorgänge auf dem Bahnhof Lichterfelde-Df am Sonntag hat der zuständige Vernehmungsrichter gegen 14 der damals festgenommenen Hakenkreuzer Hastbefehl erteilt, und zwar wegen Landfriedensbruchs. Die am Sonntag festgenommenen Kommunisten sind wieder auf freien Fuß gesetzt, weil es sich bei ihnen um kleinere Delikte handelt, ebenso auch die am Dienstag abend verhafteten Kommunisten, nach Feststellung ihrer Persönlichkeiten. Diejenigen Kommunisten, die am Dienstag abend auf Polizeibeamte geschossen haben sollen, konnten damals nicht festgenommen werden. Zur Sicherung der öffentlichen Ruhe sind 40 Polizeipatrouillen auf Lastwagen bestimmt worden, die insbesondere auch heute abend unterwegs sein werden. In der letzten Nacht haben diese Patrouillen bereits eine Reihe von Zusammenstößen beobachtet und die Täter festgenommen.

Der „Roten Fahne“ kommt es bei der Behandlung der Krautwalle am Dienstag darauf an, unter allen Umständen mit allen möglichen Verdrehungen gegen den „Vorwärts“ zu gehen. Wir haben in unseren Berichten einen genauen Unterschied zwischen kommunistischen Straßendemonstranten und Straßennob gemacht. Die Führer des K.F.B.-Zuges haben selbst in erregten Worten ihre Kameraden aufgefordert, sich nicht provozieren zu lassen, „in dem Hause vor dem Zug stehe allerlei Gestindel“. Wir haben mehrmals in unseren Berichten betont, daß die K.F.B.-Leute mit den Zusammenstößen nichts zu tun hatten. Wie wild und draufgängerisch der Straßennob bei dieser Kundgebung vorgegangen ist, beweis, daß in der Bismarckstraße, kurz vor der Wilmersdorfer Straße, ein Kommunist, der eine Bemerkung über dieses Kommando gemacht hat, windelweich geschlagen wurde. Die „Rote Fahne“ versucht es so hinzustellen, als ob der Angriff auf dem Autobus ganz harmlos war. Dieser Vorfall hat sich wie folgt abgespielt: Der Autobus stand an der Wilmersdorfer, Ecke Bismarckstraße. Als der Zug des K.F.B. unterbrochen wurde, bog der Autobus in die Wilmersdorfer Straße ein. Bei dem Wenden kam der lange Wagen in die Nähe der dem Zug begleitenden Menge. Sofort wurde der Führer und Schaffner beschimpft. Aus der Menge rannten eine Anzahl mit dem Autobus mit, sprangen hinten auf und versuchten den Schaffner zu schlagen. Ein Polizeibeamter sprang dazwischen. Er wurde sofort erwischt und blutig geschlagen. Ein Leutnant, der dem Beamten zu Hilfe eilte,

wurde gleichfalls bedroht. Durch das Eingreifen ruhiger Kommunisten wurde das verhindert und der Offizier konnte sich les Berlegten annehmen. Kommunisten, die sich für den Abtransport des verletzten Polizeibeamten eingesetzt hatten, wurden von der Menge beschimpft und tätlich bedroht. Die „Rote Fahne“ lügt, wie immer, bewußt, wenn sie die Vorgänge so darzustellen versucht, als hätte die Menschenmenge den Zug nicht provoziert. Die Vorgänge hätten sich sehr gut vermeiden lassen, wenn alle Annehmungen zerstreut worden wären und nur der Zug des K.F.B. seinen Umzug gemacht hätte. Es bleibt dabei: Auf die Provokationen des Straßennob ist der größte Teil der blutigen Zwischenfälle zurückzuführen. Nach den bombastischen Aufrufen der „Roten Fahne“ dürfte man sich übrigens nicht wundern, daß die lichtschauen Elemente sich bei den Demonstrationen zahlreich einfinden würden.

In eine Menschenmenge hineingefahren.

Eine Person getötet, eine schwer verletzt.

Ein folgenschwerer Straßenunfall, der durch das unerhörte rückwärtslose Verhalten eines Kraftwagenführers verursacht wurde und bei dem eine Person getötet wurde, eine weitere mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden mußte, ereignete sich heute früh gegen 7 Uhr in der Frankfurter Allee.

Von dem Hause Frankfurter Allee 350 ist eine Straßenbahnhaltestelle, an der zahlreiche Arbeiter und Angestellte, die sich an ihr Arbeitsstellen begeben wollten, warteten. Als etwa acht Personen eine Straßenbahn besteigen wollten, kam in schneller Fahrt ein Geschäftskraftwagen heran, dessen Führer, statt sofort abzustoppen, in die Menschenmenge hineinfuhr. Während es einigen gelang, noch rechtzeitig zurückzuspringen, wurde die 53jährige Ehefrau Martha Muchinski aus der Frankfurter Allee 93 und der 39 Jahre alte Schneider Willi Wellenberg aus der Schreinerstr. 31 von dem Kraftwagen erfaßt und überfahren. Die alarmierte Feuerwehr war in kurzer Zeit zur Stelle und sorgte für die Ueberführung der Verunglückten zur nächsten Rettungsgasse. Die Verletzungen der Frau M. waren aber so schwerer Natur, daß sie bereits auf dem Wege dorthin verstarb. W. fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme, wo er mit Knochenbrüchen und einer Schädelverletzung schwer daniederliegt. Die Schuld an dem Unglück trifft die Kraftwagenführer, der als ein 30jähriger Schlägtermeister Ferdinand Erlenbach aus der Wilmersdorfer Straße zu Charlottenburg festgestellt und in Haft genommen wurde. — Ein tödlich verlaufener Straßenunfall trug sich gestern abend in der Steglitzer Straße zu. Der fünfjährige Hans Kaurid aus der Steglitzer Str. 11 wurde in der Nähe der stierlichen Wohnung von einem Personenkraftwagen überfahren. Das Kind wurde mit einem schweren Schädelbruch in das nahegelegende Elisabeth-Krankenhaus geschafft, wo es kurz nach der Einlieferung an den Folgen seiner schweren Verletzungen starb. Den Kraftwagenführer trifft an dem Unglücksfall keine Schuld, da das Kind buchstäblich in den Wagen hineingelaufen ist.

Selbstmord einer Dreizehnjährigen.

Seit mehr als einem Monat wurde die 13 Jahre alte Schülerin Gerda Radtke aus der Bräufelder Straße 38 vermisst. Das Mädchen, das die Zeppelin-Schule besuchte, lief am Freitag, den 18. Februar d. J. während der großen Pause um 10 Uhr vom Schulhofe fort und kehrte weder zum Unterricht noch nachhause zurück. Jetzt wurde das Mädchen am Lindenufer als Leiche geborgen. Der Leichentund läßt auf Selbstmord schließen. Aeußerungen, die das Mädchen getan hat, lassen erkennen, daß das Mädchen zu verkrüppelt fürchtete. Hierin dürfte der Grund zu dem Selbstmord zu suchen sein.

Festnahme eines Bücherdiebes.

Ein junger Mann, der sich für einen Studenten ausgab, machte sich dadurch verdächtig, daß er versuchte, in einer Buchhandlung in der Nähe der Technischen Hochschule eine ungewöhnlich große Anzahl Bücher zu verkaufen. Er erzählte dem Geschäftsmann, daß er jetzt das Studium abgeschlossen habe, deshalb die Bücher nicht mehr brauche und sie abstoßen wolle, um sich etwas bares Geld zu verschaffen. Der Buchhändler glaubte das zunächst auch, dann kam es ihm aber doch etwas zweifelhaft vor, daß ein Student eine so große Menge Bücher besessen haben sollte. Er benachrichtigte die Polizei, und diese nahm den verdächtigen Studenten fest und entlarvte ihn als einen 28 Jahre alten Kaufmann Emil Just, der wegen Diebstahls von Mänteln und Büchern in der Technischen Hochschule schon wiederholt festgenommen war.

Das Kompromiß des Bürgerblocks.

Weitgehende Verschlechterungen — geringfügige Verbesserungen.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir die Mitteilungen des „Deutschen“ über den Inhalt des Kompromisses der Bürgerblockparteien zum Notgesetz über die Arbeitszeit veröffentlicht, Mitteilungen, die sich nicht decken mit denen, die die „Tägliche Rundschau“ gestern veröffentlicht hat. Insbesondere fehlt in den Mitteilungen des „Deutschen“ der Hinweis auf die Beseitigung des Achtstundentages für Saisongewerbe. Die Morgenausgabe der „D.Z.“ dagegen teilt über den Kompromiß ausdrücklich mit: „Für Saisongewerbe (z. B. Baugewerbe) ist den Bedürfnissen der einzelnen Jahreszeiten entsprechend eine bessere Verteilung der Arbeitszeiten auf die einzelnen Jahresabschnitte eingeräumt worden.“

Damit wird also bestätigt, daß das Notgesetz benutzt wird, um im Baugewerbe den Achtstundentag zu beseitigen. Dazu können wir jetzt schon sagen, daß man mit Sicherheit rechnen kann, daß dieser Versuch, wenn er ernsthaft durchgeführt werden sollte, zu einer Wirtschaftskatastrophe führen muß. Die Bauarbeiter sind keineswegs gewillt, sich den Achtstundentag rauben zu lassen, auch wenn der Bürgerblock durch eine notgesetzliche Maßnahme den Unternehmern zu Hilfe kommen sollte. Das angekündigte Baujahr 1927 würde in Wirklichkeit ein Kampfsjahr im Baugewerbe werden, wenn der Bürgerblock den reaktionären Einflüssen der Scharfmacher im Baugewerbe nachgeben sollte.

Die „D.Z.“ weiß außerdem mitzuteilen, daß der Zuschlag von 25 Proz. für Überstunden in folgenden Fällen in Wegfall kommt: „Wird der Achtstundentag bei Vorliegen von Arbeitsbereitschaft, bei Arbeiten zur Bewachung, zur Reinigung und Instandhaltung des Betriebes, bei Beaufsichtigung bestimmter Arbeiten usw., ferner bei Vorliegen eines vorübergehenden Notfalles überschritten, dann kommt der Lohnzuschlag nicht in Frage.“ Mit diesen kauschurartigen Bestimmungen dürfte es nicht schwer fallen, praktisch den Zuschlag von

25 Proz. bei Leistung von Überstunden so gut wie niemals in Wirksamkeit treten zu lassen.

Die zulässige Höchstarbeitszeit soll täglich zehn Stunden nicht überschreiten. Aber auch diese zehnstündige Arbeitszeit soll nach den Angaben der „D.Z.“ und des „Deutschen“ erlaubt sein, nicht nur aus dringenden Gründen des Gemeinwohls, sondern auch, wenn es sich um Ergänzungs- und Vorbereitungsarbeiten handelt, bei denen eine Vertretung der Arbeiter durch andere Arbeiter des Betriebes nicht möglich ist, und die Heranziehung betriebsfremder Arbeiter „dem Unternehmer nicht zugemutet werden kann“. Auch hier ist es wesentlich, wie solche dehnbaren Bestimmungen in der Praxis gehandhabt werden. Wenn man aus der Vergangenheit auf die Zukunft schließen darf und muß, dann ist es ohne weiteres klar, daß man mit diesen Bestimmungen Mißbrauch treiben wird, und daß selbst der zehnstündentag häufig überschritten werden wird, selbst dann, wenn keinerlei Gefahr für Leib und Leben vorliegt.

Wenn man innerhalb der Parteien des Bürgerblocks sich ernstlich der Täuschung hingeben sollte, daß mit solchen Bestimmungen der Kampf der Gewerkschaften um die Wiederherstellung des Achtstundentages abgestopft werden kann, dann dürfte sich das sehr bald als Irrtum herausstellen. Die geringfügigen Verbesserungen in der Beseitigung der sogenannten Mehrarbeit sind mehr als aufgewogen durch eine Reihe von Verschlechterungen und durch den Versuch, die längst erkannten und von niemand ernsthaft bestrittenen Mißstände in der Arbeitszeit gesetzlich zu verankern. Am schlimmsten aber ist der Versuch, in einem der wenigen Berufe, in dem bisher trotz Arbeitszeitverordnung der Achtstundentag aufrecht erhalten worden ist, und zwar im Baugewerbe, auf dem Wege des Notgesetzes den Achtstundentag zu beseitigen. Das ist eine Herausforderung, auf die die Arbeiterschaft die Antwort nicht schuldig bleiben wird.

Material für Herrn Koch.

Wie Regierungsbeschlüsse sabotiert werden.

Uns wird geschrieben:

Das Reichsverkehrsministerium bestreitet die regelmäßige Arbeitszeit bis zu 14 Stunden täglich. Es ist notwendig, dem Reichsverkehrsministerium das Gedächtnis aufzufrischen und daran zu erinnern, daß im Bereich der Wasserstraßendirektionen Hamburg und Bremen bei den Bagger- und Spülerarbeiten eine wöchentliche Arbeitszeit von 96 Stunden, täglich rund 14 Stunden für eine Arbeitsschicht besteht. Wenn das Reichsverkehrsministerium sich beim Wasserbauamt Stralsund, beim Hafenbauamt Swinemünde über die Arbeitszeit erkundigt, wird es feststellen müssen, daß dort regelmäßig auf den Baggern, Spülern usw. über 10 Stunden gearbeitet wird.

Die regelmäßige zehnstündige Arbeitszeit besteht das Reichsverkehrsministerium zu und begründet diese lange Arbeitszeit damit, daß im Winter weniger gearbeitet wird. Dem Reichsverkehrsministerium ist bekannt, daß infolge der langen Arbeitszeit an vielen Arbeitsplätzen das Geld verbraucht wird und die Arbeiter entlassen werden. Dann ist die Arbeitszeit allerdings ganz kurz.

Von den Schiffsbesatzungen werden von diesen Dienststellen Arbeitszeiten bis 20 Stunden verlangt, ohne daß eine Notlage vorliegt, so daß verschiedentlich im Monat mehr Überstunden als reguläre Arbeitsstunden geleistet werden.

Auf der Baustelle Niedersinow duldet das Reichsverkehrsministerium die zehnstündige Arbeitszeit, trotz seines Erlasses über den Achtstundentag. Dagegen werden Arbeiter der Reichswasserstraßenverwaltung entlassen. Die Firma Beymann arbeitet auch heute noch in einer Schicht 12 Stunden.

Der Erlass des Reichsverkehrsministers über den Achtstundentag ist weiße Seife, soll der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen und den Herren im Reichsverkehrsministerium das Gewissen beruhigen.

Das Reichsverkehrsministerium kann die regelmäßige Arbeitszeit von 9 bis 14 Stunden in seinen Betrieben nicht abstreiten. Aber es kann sie abstellen. Wird es das tun?

Gautag des Zentralverbandes der Angestellten.

Fortschritte der Organisation.

Am Sonnabend und Sonntag, dem 19. und 20. März, tagte in Neubrandenburg die Gaukonferenz des Zentralverbandes der Angestellten für den Gau Brandenburg-Mecklenburg, die von den zum Gau gehörenden 50 Ortsgruppen außerordentlich stark besucht war.

Aus dem Bericht des Gauleiters Weill-Berlin ging hervor, daß die Mitgliederzahl wieder gestiegen ist und infolge des wachsenden Einflusses des Zentralverbandes der Angestellten der Kampf um die Verbesserung der Anstellungsbedingungen mit erhöhtem Nachdruck geführt werden konnte. Es ist gelungen, alle Verschlechterungen der Tarifverträge abzuwehren, darüber hinaus Verbesserungen durchzusetzen. Auch in diesem schwierigen Organisationsgebiet erkennen die Angestellten immer mehr den Wert der freigewerkschaftlichen Organisation.

Der Vertreter des Verbandsvorstandes, Hausherr-Berlin sprach über die Aufgaben des Verbandstages. Er zeigte, daß die Rationalisierung in Deutschland bisher auf Kosten der Arbeitnehmer durchgeführt worden ist und daß die Zahl der zwei Millionen Arbeitslosen wesentlich auf die verkehrten Maßnahmen der sogenannten deutschen Wirtschaftsführer zurückzuführen ist. Der Verbandstag hat infolgedessen die Aufgabe, Mittel und Wege zu

suchen, um den Einfluß der Angestellten auf die wirtschaftliche Gestaltung zu verstärken. Die vorgeschlagenen Satzungsänderungen werden in erster Linie dazu dienen, ein noch festeres Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Mitgliedern der Organisation zu erwecken.

Nach der Wahl der Delegierten zum Verbandstag, zum Beirat und zur Gauleitung beschäftigte sich die Gaukonferenz mit den Mißständen im Handelsgewerbe und stellte die Forderung an die zuständigen Behörden, Handelsaufsichtsbeamte einzustellen.

Die Konferenz zeigte, daß auch die Angestellten der Provinz nicht nur in der freien Gewerkschaftsbewegung, sondern auch in der Gesamtwirtschaft sich durchzusetzen verstehen.

Ausländische Musiker in Deutschland.

Ein Erlass des Auswärtigen Amtes.

Da von den deutschen Musikern sehr viel über die Konkurrenz der ausländischen Musiker geklagt worden ist und da gerade unter den deutschen Musikern die Arbeitslosigkeit sehr stark ist, so hat sich das Auswärtige Amt genötigt gesehen, in einem Erlass an sämtliche diplomatischen und konsularischen Vertretungen darauf hinzuweisen, daß wiederholt ausländischen Musikern zur beruflichen Mitwirkung in Pantomime, Restaurant, Kaffeehausorchestern und dergleichen Sichtvermerke zur Einreise nach Deutschland erteilt worden sind, ohne daß eine polizeiliche Zugangsgenehmigung beigebracht worden war. Dies widerspreche den bestehenden Passbestimmungen, nach denen nur bei Angestellten in leitender Stellung von der vorherigen Zugangsbewilligung Abstand genommen werden kann; zu diesen gehören Musiker der bezeichneten Art nicht. Für sie gilt auch nicht die Vergünstigung, daß im allgemeinen Sichtvermerke für nicht mehr als sechs Monate ohne Zugangsbewilligung erteilt werden können.

Anschlag auf die englischen Gewerkschaften.

Gegen die Arbeiterpartei.

London, 24. März. (W.T.B.) Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung endgültig Beschluß über die Abänderung des Gewerkschaftsgesetzes gefaßt. Den Blättern zufolge sieht die Regierungsvorlage vier wesentliche Abänderungen der bisherigen Bestimmungen vor: 1. Jeder Generalstreik ist künftig ungesetzlich (!), die Gewerkschaften dürfen sich zu keinem gemeinsamen Streik zusammenschließen (!), wenn nicht tatsächlich Differenzen zwischen den beteiligten Arbeitnehmerverbänden und den Arbeitgebern bestehen. 2. Streikposten stehen in Massen ist künftig verboten, ebenso das Ausschließen von Arbeitern in ihren Wohnungen durch Streikposten. (!) 3. Wenn eine Gewerkschaft beschließt, eine Abgabe für politische Zwecke aufzulegen, müssen die Mitglieder einzeln den Wunsch aussprechen, sich daran zu beteiligen, während sie nach dem bisherigen Verfahren nur im Falle der Nichtbeteiligung eine Erklärung abzugeben hatten. 4. Die Organisationen von Staatsangestellten dürfen sich künftig nicht mit ausländischen industrieller oder politischer Körperschaften zusammenschließen.

Mit diesen Vorschlägen erfüllt die konservative Regierung alle Wünsche der Scharfmacher. Diese Vorschläge gehen so weit, daß man wohl sagen kann, sie sind ein Anschlag auf die englischen Gewerkschaften und die Labour-Partei. Die Antwort wird nicht ausbleiben. Der Bogen ist erheblich überspannt.

In den Lohnstreitigkeiten in der mitteldeutschen Steinindustrie ist ein Abkommen vor dem staatlichen Schlichter getroffen worden.

Die Löhne in der Textilindustrie bleiben bis 29. Februar 1928 bestehen, für die Wafels-, Lada- und Luffelindustrie tritt eine Lohn-erhöhung von 5 Proz. ein. Auch dieser Vertrag läuft bis zum 29. Februar 1928.

Gund der technischen Angestellten und Beamten. Die Freitag-Abendpredigten der D. Z. werden wegen der am gleichen Tage stattfindenden Jahres-Generalversammlung aus. Nächste Sprechstunde: Montag, 28. März 1927.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Wirtschaft

Berliner Stadtbanken.

Günstige Entwicklung der Sparkasse und der Kommunalbank.

Die Sparkasse der Stadt Berlin berichtet für das 108. Jahr ihres Bestehens (1926) von einer weiteren starken Belebung der Spar-tätigkeit. Die Spareinlagen haben sich von 66,38 Millionen Mark zu Ende 1925 auf 124,41 Millionen Ende 1926, d. i. um 87 Proz. erhöht.

Pro Kopf der Bevölkerung ergibt sich ein Sparguthaben von 31,30 M. gegen 16,12 M. im Vorjahr und 185,31 M. im Jahre 1913. Anfang 1924 entfiel auf jeden 24. Einwohner Berlins ein Sparguthaben, Ende des Jahres dagegen schon auf jeden 14. Berliner. Die Zahl der Spardbücher hat sich im neuen Jahr von 280.861 weiter auf rund 313.000 (Ende Februar) erhöht. Etwa ein Viertel der gesamten Spareinlagen entfällt auf die ganz kleinen Posten (unter 20 Mark), etwa drei Viertel (gegen noch 88 Proz. im Jahre 1924) auf Guthaben bis zu 500 Mark. An fremden Mitteln sind, außer den Spargeldern, nur 800.000 Mark langfristiger Kredit vorhanden.

Die Sparkasse hat die ihr zugeflossenen Gelder in der Hauptsache nämlich mit 71,5 Millionen (i. B. 57,1 Mill.) bei Staatsbanken und öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten angelegt, und zwar im Gegensatz zum Vorjahre, wo zur Hälfte kurzfristige, zur Hälfte langfristige Anlagen bestanden, vorwiegend kurzfristig. Weiter wurden 25,66 Millionen (5,3 Mill.) Mark als langfristige Darlehen, zumeist als Wohnungsbau-darlehen, ausgegeben und 29,6 Millionen (5,8 Mill.) in Effekten angelegt. Davon sind 7 Millionen preussische Schatzwechsel, der Rest größtenteils Pfandbriefe, so daß auch hier indirekt flüssige Mittel dem Bauplatz zugeflossen wurden. Für Hypothekendarlehen wurden zu Jahresanfang 12 Proz. Zinsen berechnet, zu Jahresende nur noch 8½ Proz. und seit Mitte Januar 1927 nur noch 7¼ Proz. Der Zinsfuß für Spareinlagen wurde von 5 auf 4 Proz. herabgesetzt. Von der Gesamteinnahme (2,79 Millionen gegen 1,76 Millionen i. B.) ist der größte Teil (2,55 Millionen bzw. 1,63 Millionen) Zinsaufkommen; da die Ausgaben, hauptsächlich an Gehältern (bei einem Personalstand von 279 Köpfen gegen 250 i. B.) 1,59 Millionen (1,34 Millionen) Mark betragen, verbleibt ein Ueberschuß von 1,20 Millionen (0,42 Mill.) Mark, der zum kleineren Teil zu Abschreibungen, zum größeren Teil für Rückstellungen verwandt wird. An ältere und bedürftige Sparer wurden, aus den aufgewerteten Papiermarkguthaben, bisher in 128.146 Fällen 6,12 Millionen Mark ausbezahlt.

Während bei der Berliner Sparkasse der Umsatz „nur“ 1,9 Milliarden Mark (gegen 1,3 Milliarden im Jahre 1925) beträgt, hat die seit 1925 verstaatlichte Berliner Stadtbank (Girozentrale der Stadt Berlin) bereits einen Jahresumsatz von 14,3 Milliarden (10,4 Milliarden) Mark erreicht. Bei 3,79 Millionen (3,19 Millionen) Mark Gesamteinnahmen, wovon nur 2,39 Millionen gegen 2,78 Millionen im Vorjahre aus Zinsverträgen, ergibt sich ein Reingewinn von 1,14 Millionen (0,74 Mill.) Mark. Hier von werden, nach geringfügigen Abschreibungen, rund 850.000 Mark zur Rücklage und zu Rückstellungen übertragen, 284.000 Mark der Stadtkasse zugeführt. Von den insgesamt 48,96 Millionen (69,77 Mill.) Mark an fremden Mitteln machen die kurzfristigen Einlagen, deren Anteil im Vergleich zum Vorjahre etwas gestiegen ist, mit rund 44 Millionen etwa die Hälfte aus. Unter den Anlagen stehen Kontokorrentkredite mit 31,7 Millionen (23,0 Mill.) und Darlehen mit fester Laufzeit (in der Hauptsache Wohnungsbaudarlehen) mit 24,8 Millionen (18,6 Mill.) Mark obenan; die Bankguthaben sind von 7,9 Millionen auf 17,84 Millionen, die Effektenbestände von 2,04 Millionen auf 6,40 Millionen Mark gestiegen. In diesem letzteren Posten dürften in der Hauptsache solche Anleihen enthalten sein (Berliner Stadtbankleihe und Deutsche Kommunalanleihe), bei deren Emission die Stadtbank mitgewirkt hat. Die Lombarddarlehen haben sich von 17,04 Millionen auf 0,60 Millionen Mark, also ganz erheblich, verringert.

Der Giroverkehr hat eine erhebliche Ausdehnung (27.224 Konten gegen 20.651 i. B.) erfahren.

Bei mannigfachen Rationalisierungsmaßnahmen — Einstellung von Rechen- und Buchungsmaschinen — brauchte der Personalbestand trotz der erheblichen Erweiterung des Geschäftsumfanges nur um 34 auf 569 Köpfe erhöht zu werden.

Deutschland der beste Baumwollkäufer. Wie auf den letzten Wollauktionen hat sich auch auf dem Baumwollmarkt Deutschland in den letzten Monaten als bester Käufer betätigt. Die Ausfuhr amerikanischer Baumwolle nach Deutschland beträgt seit dem 1. August bis zum 18. März rund 2.283.000 Ballen gegenüber 1.447.000 Ballen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Anschaffung in der Spinnerei der ganzen Welt werden seit dem 1. August 1926 auf 12.184.000 Ballen geschätzt (im Vorjahre 11.177.000 Ballen). Infolge der guten Ernte dürfte der sichtbare Weltvorrat an amerikanischer Baumwolle für den Stichtag des 18. März rund 6.271.000 Ballen betragen. Im Vorjahre machte er für denselben Zeitraum nur 4.189.000 Ballen aus.

Verantwortlich für Politik: Walter Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gemeindefragen: Fr. Schöten; Freiwirtschaft: Dr. John Schlotzki; Infotext: und Sammlungen: Paul Karst; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin; Verlag: Forum-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Buchdruck-Verlagsgesellschaft und Berlin-Anstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Unsern bewährten Maschinen
Gustav Kasedori
zu seinen 50. Geburtstag und
berühmten Jubiläum
Abtlg. 76, Dahlem.

Verlangen Sie
Sonder-Angebot
Waschmaschinen
Wäsche-Rollen
Segen
12 Monatsraten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

Blumenspenden
jeder Art
libert preiswert
Paul Golletz
born. hoh. Hof
Marianenstr. 3
Ed. Raumstr. 10
Tel. No. 10000
10 Pf. 100 Pf.
Qualitäts-Blumen-
u. Reklamemarken
gegen Nachahmung
gesetzl. gesch.
fertig seit 45 Jahr.
als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz-Leipzig

Billigste
Hauswäsche
Bequem
Elegant
van Heusen
Der
HALBSTEIFE KRAGEN
Deutsches
Fabrikat
D.R.P.
Überall
zu haben

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
40 Thierstraße 40

Auf Teilzahlung
Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer,
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Aniel Gr. Frankfurter Str. 34
(Strausberger Platz)

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Preispreisen.
Eigene Fabrikate in gedie- enen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijoustr. 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungsverleicherung
Telephon: Alexander 4112